

**NIEDERSCHRIFT Nr.: 18/S**

über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 01.03.2017, um 17.10 Uhr**

18. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 17.40 Uhr

Sitzungsende: 18.15 Uhr

---

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Herr Ralf Behrend

Frau Birgit Bergmann

Herr Robert Bücking

Herr Mustafa Güngör

Herr Jörg Kastendiek

Herr Andreas Kottisch

Herr Max Liess

Herr Dieter Reinken

Herr Klaus-Rainer Rupp

Frau Lencke Steiner für Herrn Dr. Volker Redder

Frau Alexandra Werwath

Von der Verwaltung

Frau Bullenkamp

Herr Brunßen

Herr Cordßen

Frau Frese

Herr Dr. Knogge

Herr Dr. Kühling

Frau Niestädt

Herr Drücker

Herr Peters

Herr Poppinga

Herr Prill

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Frau Stemminge

Frau Dr. Streibel

Gäste

Herr Mai

Frau Geber (WFB)

Herr Howe (bremenports)

Herr Bula (Flughafen Bremen)

**Abg. Kastendiek** eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 17/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 18.01.2017**

**Beschluss:**

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

**An die Deputation als Sondervermögensausschuss**

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);  
Zwischenberichte zum 31.12.2016**

Vorlage Nr. 19/289-L/S

**Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Stadt) in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) nimmt den Zwischenbericht zum 31.12.2016 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Hafen  
Zwischenbericht zum 31.12.2016 (vorläufiger Jahresabschluss)**

Vorlage Nr. 19/307-S

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Hafen nimmt den Zwischenbericht zum 31.12.2016 (vorläufiger Jahresabschluss) zur Kenntnis.

**TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt  
Zwischenbericht zum 31.12.2016**

Vorlage Nr. 19/308-S

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 31.12.2016 zur Kenntnis.

## **An die Deputation**

### **TOP 5 Beteiligungsbericht über das 1. bis 4. Quartal 2016**

Vorlage Nr. 19/292-L/S

#### **Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Stadt) nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 4. Quartal 2016 zur Kenntnis.

### **TOP 6 Ergebnisse der in 2016 fälligen Erfolgskontrollen**

Vorlage Nr. 19/312-L/S

#### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

### **TOP 7 Konzept zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen**

#### **- Zweiter Evaluierungsbericht -**

Vorlage Nr. 19/303-L/S

**Frau Dr. Streibel** stellt die Inhalte der Vorlage dar. Die Vorlage beschreibe nach der Auflage des Konzepts im Jahr 2012 bzw. des ersten Evaluierungsberichtes die weitere Entwicklung im Interessensausgleich zwischen Mobilität und Lärmschutz. Als finanzielle Steuerungsmaßnahmen seien unter anderem die Einführung und anschließende Reform der behördlichen Nachtfluggebühren und eine Reform der Entgeltordnung der Flughafen Bremen GmbH einschließlich der Einführung abgasabhängiger Entgelte initiiert worden. Über diese Schritte werde nun aufgrund einer Zusage in der Bremischen Bürgerschaft der Deputation berichtet. Die Vorlage stelle ab auf die Maßnahmenschritte, beinhalte Ausführungen zum Einführungsstand der schadstoffabhängigen Entgelte, reflektiere die Entwicklung der Zahl der Flugbewegungen einschließlich der Nachtflüge und beschreibe komplementäre Maßnahmen im passiven Lärmschutz, für die ein Aufwendungsersatz unter bestimmten Bedingungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen für die Betroffenen möglich seien.

**Abg. Bücking** bemerkt, dass es trotz aller Annäherung zwischen den Polen Lärmschutz und Mobilitätsinteressen immer noch 2.000 Flugbewegungen in sensiblen Zeitfenstern gebe. Insofern sei die Lage noch nicht vollbefriedigend. Er bittet daher, spätestens in einem Jahr erneut über die Entwicklung der Flugbewegungen in diesen Zeiten sowie über den Einführungsstand und Wirkungsgrad der abgasabhängigen Entgelte zu berichten.

#### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den zweiten Evaluierungsbericht über die Umsetzung des Konzepts zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen zur Kenntnis.

## **TOP 8    Berichtsbitte zum Verkehrsflughafen Bremen**

Mündlicher Bericht

**Herr Bula** stellt anliegende Präsentation zum Entwicklungsstand des Flughafens Bremen vor. Besonderes Augenmerk leitet er auf die operative und finanzielle Situation. Der Flughafen bewege rund 42,6 Mio. Passagier bei einer Bilanzsumme von 120 Mio. €. Dabei bewältige er eine Tilgung von 3,8 Mio./jährlich aus eigener Kraft und sei inzwischen auch subventions- und bürgschaftsfrei. Der regionalökonomische Effekt wurde für das Jahr 2014 auf rund 4 Mrd. € beziffert.

Da der Flughafen Bremen eine EU-Außengrenze darstelle, seien weiterhin erhebliche Investitionen in die Sicherheitsmaßnahmen erforderlich. Daneben seien perspektivisch Anpassungsmaßnahmen aufgrund des Airbus-Werkflugverkehrs im Zuge des Einsatzes der Beluga XL zu erwarten.

**Abg. Kastendiek** hält es für beispielhaft, wie der Flughafen Bremen finanziell aufgestellt sei und begrüßt den ausgewogenen Dialog mit dem Umfeld bezüglich des Fluglärms.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** zur Vertragsgestaltung mit Ryanair erläutert **Herr Bula**, die Beurteilung von Vertragsgestaltungen sei schwierig. So sei ein fünfjähriger Vertrag im Bereich Bodenverkehrsdienste sehr positiv; solche vertraglichen Bindungen seien aber im Flugbereich kaum realisierbar. Aus dem Vertrag mit Ryanair erwirtschaftete der Flughafen auskömmliche Margen, auch wenn sich die Rendite aus dem Low-Cost-Bereich für Bremen stärker aus dem Hotel- und Gastronomiesektor ergebe. Grundsätzlich gelte aber, dass die Strategie des Carriers entscheidend sei; diese sei auch nicht durch Preisgestaltung eines Flughafens zu beeinflussen.

## **TOP 9    Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017**

Vorlage Nr. 19/285-S

**Abg. Rupp** bemängelt, dass in dieser Vorlage kein Konzept mit einer Auflistung von konkreten Maßnahmen vorhanden sei. Es seien keine Steuerungsmöglichkeiten erkennbar, u.a. inwieweit eine Überbuchung möglich sei, um einen Rückfluss des Geldes an den Bund zu vermeiden. Er äußert sich besorgt, dass die dadurch bei unterschiedlichen Trägern verursachte Problematik nicht richtig eingeschätzt werde.

**Herr Prill** führt hierzu aus, dass es bei den Eingliederungsbudgets keine beliebigen Steuerungsmöglichkeiten gäbe. Die Veränderung von Rahmenbedingungen auf Bundesebene, etwa rechtzeitig zugewiesene Bundesmittel und ausreichend verfügbares Personal in den Jobcentern würden entscheidend für die Ausschöpfung der Bundesmittel sein. Er weist daraufhin, dass es sich bei den Eingliederungsmitteln der Jobcenter um Bundesmittel handelt und die Verantwortung der Umsetzung im Jobcenter bei der Agentur für Arbeit als Träger im Rahmen der Bundeshaushaltsordnung liegen würde. In Bremen werde durch die Agentur für Arbeit versucht, ein hohes Maß an Ausschöpfung zu erreichen. Die kommunalen Träger hätten im operativen Geschäft keine Möglichkeiten einzugreifen.

**Abg. Rupp** äußert sein Unverständnis darüber, dass ein Betrag von 2 Mio. € zurückgezahlt werden müsse, insbesondere bei der weiterhin bestehenden Arbeitslosigkeit. Er sieht hier eine gemeinsame Verantwortung. Man müsse künftig Möglichkeiten finden, um auf eine kurzfristige zusätzliche Bereitstellung von Mitteln vorbereitet zu sein.

**Abg. Reinken** weist darauf hin, dass in diesem Bereich der Einfluss der Bundespolitik groß sei. Es hält die Umschichtung von Verwaltungskosten für einen wichtigen Punkt, da durch gutes Personal gleichzeitig eine gute Vermittlung möglich sei. Zudem sei die beabsichtigte Überplanung der Eingliederungstitel sinnvoll und dabei eine unterjährige Kontrolle wichtig.

**Staatsrat Siering** merkt an, dass es zuletzt im vergangenen Jahr in der Bremischen Bürgerschaft hierzu eine sachliche Diskussion gab. Es werde versucht über die Trägerversammlung mit intensiver Abstimmung und im konstruktiven Dialog mit den Jobcentern Einfluss zu nehmen. Die Steuerungsmöglichkeiten als Kommune seien hier jedoch sehr begrenzt.

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt von dem Bericht Kenntnis.

**TOP 10 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung (HGebO)**

**hier: Hafenslotsgeld und Nebenkosten der Hafenslotsen**

Vorlage Nr. 19/304-L/S

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung mit Wirkung zum 01. März 2017 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

## **TOP 11 Änderung der Abfallmeldung von Seeschiffen**

Vorlage Nr. 19/305-L/S

### **Beschluss:**

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände dem Senat zur Beschlussfassung und Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft zuzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

## **TOP 12 Regelmäßige Auskünfte und Berichte**

### **Berichtsbitte des Deputierten Dr. Redder**

Vorlage Nr. 19/306-L/S

Auf Bitte der **Abg. Frau Steiner** wird die Vorlage ausgesetzt.

## **TOP 13 Produktgruppencontrolling**

### **hier: Controllingbericht Januar bis Dezember 2016 (Jahresabschlussbericht)**

Vorlage Nr. 19/291-L/S

**Herr Dr. Kühling** erläutert zur Erschließung neuer Gewerbeflächen, dass das Minus von 9 ha im Vergleich zur Planung für 2016 im laufenden Jahr nicht nur aufgeholt sondern im Zuge der Erschließungsmaßnahmen im GVZ sowie an der Hansalinie mit dann insgesamt rund 63 ha übertroffen werden wird.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zu den ausstehenden Zahlungen der letzten EFRE- bzw. ESF-Förderperiode erläutert **Staatsrat Siering**, dass Bremen in einem erfolgreichen Austausch mit der EU-Kommission stehe. Für beide Programme der Förderperiode 2007-2013 seien kürzlich Zahlungsanträge gestellt worden. Er gehe davon aus, dass beide Anträge von der Kommission bedient würden. Im Zuge der Abarbeitung der Kommission sei mit einem üblichen Einbehalt durch die Kommission von 5% zu rechnen; diese Mittel würden dann im Rahmen der Schlussrechnung ausgezahlt.

**Abg. Kastendiek** bemerkt, dass die Finanzkennzahlen nur im Zuge der Absenkung der Investitionsmittel zu erreichen gewesen seien. Im Übrigen halte er die Entwicklung in der Gewerbeflächenerschließung für problematisch, denn aufgrund des Modellwechsels bei

Daimler sei die hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen im Gewerbepark Hansalinie nur folgerichtig. Dies berücksichtigt, sehe er eine unterdurchschnittliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund erinnert er auch an die entsprechende Debatte in der Bremischen Bürgerschaft.

**Abg. Reinken** bestätigt, dass die Bürgerschaft das Thema fraktionsübergreifend problematisiert habe, doch werde das Thema hier nur im Rahmen eines Controllingberichtes des Haushaltes behandelt. Er habe den Eindruck, das Thema werde im Ressort mit der notwendigen Seriosität behandelt.

#### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis Dezember 2016 zur Kenntnis.

### **TOP 14 Bericht zur Personalsituation beim Hansestadt Bremischen Hafenamts**

Vorlage Nr. 19/297-L/S

**Abg. Reinken** dankt für den Bericht und die gute Aufschlüsselung und Gegenüberstellung von gesetzlichen Vorgaben und den Anforderungen aus den Arbeitszeiten. Er bittet weiter, den Beschlussvorschlag um den – im Wesentlichen – dritten Absatz auf Seite 2 der Vorlage zu ergänzen:

Um die strukturell wirksame Finanzierung erforderlicher Personalressourcen des Schichtbetriebes sicherzustellen, wird das Ressort aufgefordert, zu den anstehenden Haushaltsberatungen ein Konzept über die zukünftigen Aufgaben, die sich daraus ergebende Organisation, mögliche Refinanzierung von Stellen aus Gebühren und der damit verbundenen Ressourcenausstattung vorzulegen.

**Herr Mai** erklärt auf Nachfrage des Abg. Kastendiek, dass er die bestehenden Anforderungen an das HBH im Hafenausschuss dargestellt habe und auf den erforderlichen Personalansatz hingewiesen habe. Auf dieser Basis könne ein solches Konzept kurzfristig erstellt werden.

**Abg. Kastendiek** fordert eine zukunftsfähige Absicherung des HBH zur Erledigung seiner Aufgaben insbesondere im Sinne von Sicherheit und Abfertigung der Schiffsverkehre ein. Die entsprechenden Anforderungen müssten transparent dargestellt werden und dauerhaft über den Haushalt abgesichert werden.

**Abg. Rupp** sieht die Möglichkeiten der weiteren Personalreduzierung beim HBH endgültig ausgereizt; weitere Kürzungen würden seines Erachtens zu Lasten von Sicherheit und Dienstleistungsqualität gehen.

**Staatsrat Siering** erklärt, dass der Senat das HBH im Eckwertebeschluss für den kom-

menden Doppelhaushalt dauerhaft aus der PEP-Quote ausgenommen habe; auch die aktuell überplanmäßigen Stellen sollen nicht gekürzt werden.

**Abg. Kastendiek** stellt den vom Abg. Reinken ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Personalsituation beim Hansestadt Bremischen Hafenamt zur Kenntnis.

Um die strukturell wirksame Finanzierung erforderlicher Personalressourcen des Schichtbetriebes sicherzustellen, wird der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen aufgefordert, zu den anstehenden Haushaltsberatungen ein Konzept über die zukünftigen Aufgaben, die sich daraus ergebende Organisation, mögliche Refinanzierung von Stellen aus Gebühren und der damit verbundenen Ressourcenausstattung vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 15 Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH**

Vorlage Nr. 19/280-L/S

**Staatsrat Siering** erinnert an die Debatten um die Probleme des Stadtamtes in den vergangenen Monaten, in deren Folge das Stadtamt in seiner bisher bekannten Form aufgelöst werden wird. Ein Teil der operativen Aufgaben des Stadtamtes, für die bereits die Fachaufsicht im Wirtschaftsressort liege, werde 1:1 in das Wirtschaftsressort integriert. Bezüglich der Personalstärke seien mit dem Finanzressort Verhandlungen aufgenommen worden, um eine sach- und aufgabengerechte Personalausstattung erreichen zu können. Die Mitbestimmung werde nach dem Deputationsbeschluss kurzfristig eingeleitet.

**Abg. Kastendiek** hält die Vorlage nicht für beschlussfähig. Er stelle an Vorlagen zur Neu- bzw. Umorganisation des Ressorts die Anforderung, die neue Struktur ganzheitlich dargestellt zu bekommen. Personal- und Aufgabenumfang der neuen Abteilung wirkten nicht angemessen für eine Abteilungsleiterin mit B-Besoldung. Absonderlich wirke die Bereitstellung von zusätzlichem Personal für die aufnehmenden Bereiche – dies hätte der Senat auch dem alten Stadtamt zugestehen können. Insgesamt wirke die Umorganisation unausgereift und wenig nachvollziehbar. Stattdessen werde im Stadtamt das Prinzip „One face to the customer“ aufgegeben.

**Abg. Rupp** schließt sich der Beurteilung des Abg. Kastendiek an. Zudem beantworte die Vorlage nicht, ob denn das neue Personalkonzept in der neuen Struktur auch auskömmlich gestaltet sei.

**Abg. Reinken** unterstreicht, dass mit einer Neuorganisation eine Verbesserung bestehender Prozesse angestrebt werde – da in den betroffenen Bereichen eine gewisse Bürger-

und Kundennähe erwünscht sei, dürfe seiner Ansicht nach eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit in diesen Bereich angenommen werden.

**Abg. Kastendiek** wirft die Frage nach dem dauerhaften Verbleib der Marktangelegenheiten als originäre Aufgabe der senatorischen Behörde auf.

**Staatsrat Siering** versichert, dass die übergeordneten Bereiche der Marktangelegenheiten – etwa Gebühren - nach der Verlagerung ins Ressort auch dort bleiben; für das operative-organisatorische Geschäft sei die Unterstützung etwa aus dem Messebereich denkbar.

Für die vorgestellte Organisationsänderung habe das Ressort die Zustimmung des Senats eingeholt; insofern sei er der Ansicht, dass sie in der Deputationsvorlage auch angemessen und konkret beschrieben sei.

**Abg. Frau Steiner** beurteilt die neue Abteilung im Wirtschaftsressort ähnlich wie Abg. Kastendiek als vergleichsweise klein, und auch die offenbar angestrebte Besetzung der Leitungsposition mit der ehemaligen Stadtamtsleiterin wirke nicht überzeugend.

**Staatsrat Siering** weist zurück, dass die ehemalige Stadtamtsleiterin ungeeignet sein könnte; diese Schlussfolgerung sei nicht zulässig. Zudem sei das Land auch zu einer amtsangemessenen Beschäftigung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet.

**Abg. Bücking** geht auf die Krisenanfälligkeit des Stadtamtes als Ausgangspunkt für die angestrebte Umorganisation ein. Die Identifizierung des Stadtamtes als nicht steuerbar führe im Ergebnis zu einer Zerschlagung. Aller Erfahrung nach erscheine das Vorgehen bis hierhin als plausibel. Sicherlich sei jede Veränderung auch mit Risiken belastet, doch erwarte er durch die 1:1-Verlagerung ins Wirtschaftsressort die Sicherstellung eines soliden Weiterarbeitens.

**Abg. Kastendiek** bekräftigt seine Ansicht, dass die Vorlage nur formal die Anforderungen des Deputationsgesetzes erfülle; ähnlich wie übrigens die kommende WFB-Vorlage auch. Inhaltlich sei die Vorlage unzureichend, da weder fiskalische Erwartungen noch Ziele dargestellt würden.

### **Beschluss:**

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Verlagerung der genannten Aufgaben zum Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu. Ferner stimmen die städtische Deputation der Einrichtung einer neuer Abteilung 5 „Gewerbe- und Marktangelegenheiten“ mit den oben genannten Referaten zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass die haushaltsrechtliche Umsetzung, wie oben beschrieben, im Haushaltsvollzug 2017 vorgenommen wird. Die städtische Deputation bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen des Produktcontrollingberichts 2017 im Haushalts- und

Finanzausschuss dazu zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

## TOP 16 Aktuelles

### a) **Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenumfinanzierung**

Vorlage Nr. 19/314-L/S

#### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Entscheidung der EU-Kommission zur Kenntnis.

### b) **Stärkung der Innovationspolitik: Verlagerung von Aufgaben aus der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH zu SWAH**

Vorlage Nr. 19/294-L/S

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Senatsvorlage wird in der beschlossenen Fassung neu verteilt.

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** erklärt **Staatsrat Siering**, die Mitbestimmungsverfahren würden nach der Beschlussfassung der Deputation eingeleitet.

**Abg. Kastendiek** hält die Vorlage für unzureichend, da die offenen Fragen die Zukunft der WFB betreffend gar nicht behandle. Die – vermuteten - Synergie- oder Effizienzgewinne würden ebenfalls nicht mit Zahlen hinterlegt.

**Staatsrat Siering** erwidert, diese Vorlage habe lediglich die Neuaufstellung der Innovationsabteilung im Ressort und die damit verbundene Verlagerung entsprechender operativer Bereiche aus der WFB zum Thema. Diese begründe sich aus dem identifizierten Optimierungsbedarf in der Zusammenarbeit zwischen Ressort und Gesellschaft im Bereich der Innovationspolitik. Die Integration im Ressort ermögliche wesentliche Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Industrie 4.0 zukunftsfähig auszurichten. Mit der Vorlage seien keine Erwartungen an Synergieeffekte zu verbinden; Zielsetzung sei allein die Optimierung der politischen Steuerungsfähigkeit. Die weitere Berichterstattung und Beschlüsse würden erfolgen, sofern weiterer Veränderungsbedarf der Wirtschaftsförderungsinstrumente erkannt sei und umgesetzt werden solle.

**Abg. Rupp** erinnert, dass ein strukturelles Defizit der WFB ein wesentlicher Grund für die Umstrukturierung sei. Im Zuge der Veränderung müsse auch über die Frage diskutiert werden, wie diesem Defizit seitens Ressort bzw. Gesellschaft begegnet werden könne. Insofern vermisse er einen wesentlichen Teil.

**Abg. Frau Grobien** bezweifelt aus den Erfahrungen vergangener Umstrukturierungen der

Wirtschaftsförderung signifikante Effizienzgewinne aus dem aktuellen Konzept.

**Abg. Reinken** legt dar, dass komplexe Strukturen und Organisationen laufend Veränderungsprozessen unterworfen seien. Aufgrund der persönlichen und strukturellen Nähe der Akteure in Bremen sei es nicht zielführend, diese Strukturen um ihrer selbst zu erhalten.

**Senator Günthner** greift den Beitrag des Abg. Rupp auf und schildert, dass die Erwartungen an Effizienzgewinne aus dem ersten Reformprozess der WFB 2010 nicht eingetreten seien. Die aktuelle Diskussion werde zwar vor dem Hintergrund der Finanzlage, der Gefährdung des Eigenkapitals der Gesellschaft sowie eigenfinanzierten Aufgabenerledigung durch die WFB geführt, doch sei es unmöglich, die Innovations- und Kreativpolitik aus sich heraus zu finanzieren. Insofern sei es richtig, diesen Bereich aus der WFB zu lösen, zudem die klassische Strategie – Programm- und Strategieentwicklung im Ressort bei operativer Umsetzung durch die Gesellschaft - nicht funktioniere und beide Bereiche eine engere Verzahnung benötigten.

Die WFB werde ihr Kerngeschäft Flächenerschließung und –vermarktung als klassische Wirtschaftsförderung stärker fokussieren können. Das Veranstaltungsgeschäft gebe dafür zu wenig inhaltlichen Raum. Im Übrigen sei auch dieses nicht aus sich zu finanzieren.

**Abg. Kastendiek** betont, die Anforderungen an eine Vorlage zur Umstrukturierung der WFB ergäben sich aus dem Gesamtkontext der letzten Berichterstattungen seit Ende 2015 und ließen konkretere Ergebnisse aus dem Entwicklungsprozess erwarten. Seitdem sei das strukturelle Defizit der WFB bekannt, doch inwieweit dieses Organisationsprojekt helfen könne, das strukturelle Defizit zu beseitigen, bleibe völlig offen; allerdings laufe die WFB Gefahr, bis 2018 ihr Eigenkapital aufzuzehren. Da die finanziellen Auswirkungen auf die WFB nicht dargestellt seien, handele es sich um ein rein formales Abarbeiten der notwendigen Beschlussvorlagen.

**Abg. Rupp** fordert perspektivisch einen Wirtschaftsplan für die WFB-neu ein; dazu müsse im Vergleich zur WFB-alt dargelegt werden, welche Maßnahmen die Zukunftsfähigkeit absicherten, unabhängig von Geschäftsfeldern, die sich nicht selbst tragen könnten. Auch dafür müsse eine transparente Darstellung der erforderlichen Haushaltsmittel geliefert werden.

**Herr Dr. Kühling** erklärt, die Neu- bzw. Umorganisation der Bereiche Messe, Veranstaltungen und Großmarkt bzw. einer Kern-WFB würden aktuell bearbeitet und dann im Paket vorgestellt.

**Senator Günthner** fordert dafür die notwendige Zeit für eine sachgerechte Aufarbeitung ein.

**Abg. Liess** meint, ein solches Paket müsste zu den Haushaltsberatungen vorliegen.

### **Beschluss:**

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Einrichtung der neuen Abteilung 4 „Industrie, Innovation, Digitalisierung“ und der damit verbundenen Aufgabenübertragung der Innovationsabteilung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH zum Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Rahmen eines Teilbetriebsübergangs zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Kürzung der institutionellen Förderung um bis zu 0,60 Mio. € für Personalkosten sowie einer Überführung dieses Betrages in den Personalhaushalt von SWAH zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass die haushaltsrechtliche Umsetzung, wie oben beschrieben, im Haushaltsvollzug 2017 vorgenommen wird. Die Deputationen bitten den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Rahmen des Produktcontrollingberichts 2017 im Haushalts- und Finanzausschuss dazu zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP.

### **TOP 17 Verschiedenes**

**Staatsrat Siering** weist auf Planungen hin, im Mai 2017 eine gemeinsame Sondersitzung der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft. durchzuführen. Als Themen stünden die Entwicklungen in der Überseestadt, in der Innenstadt, das Zentren- und Nahversorgungskonzept sowie eine Projektentwicklungsgesellschaft Galopprennbahn in Rede.

**Abg. Kastendiek** hält den Themenkanon insofern für problematisch, da jedes einzelne Thema ausreichend Potenzial für eine eigene Sondersitzung biete. Außerdem habe der Mai bereits ein ambitioniertes Arbeitsprogramm; er bittet daher, auch den Juni 2017 mit in den Blick zu nehmen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Kastendiek** schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
– öffentlicher Teil.

---

Kastendiek  
- Vorsitzender -

---

Für die Protokollführung  
Sengstake

---

Für Top 9  
Stellmacher

**EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020**

Stand: 18.04.2017

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

**Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel aller Ressorts**

<b>Prioritätsachse</b>	<b>verfügbar <sup>1)</sup></b>	<b>beschlossen <sup>2)</sup></b>	<b>verausgabt <sup>3)</sup></b>
Achse 1 - Innovation	48.140.858	31.564.740	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	5.953.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.228.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	7.204.850	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	53.072.348	0

<sup>1)</sup> Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

<sup>2)</sup> In Deputationen, Parlamausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

<sup>3)</sup> Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

**Vorhabenliste aller Ressorts**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Vorlage / Projekt</b>	<b>Achse</b>	<b>Laufzeit</b>	<b>beschlossen</b>	<b>verausgabt</b>
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	0 0 0
16	Deputation SWAH HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	0
17	Deputation SWAH HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0
18	Deputation SWAH HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0

# Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 01.03.2017)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	<b>zuletzt</b> 18.01.2017
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt mit Vorlage)
9.	tz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 26.10.2016)
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	Sommer 2017
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
22.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp Abg. Fecker	zum Sommer 2017
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
24.	Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017	10.08.2016	Abg. Rupp	Anfang 2017
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, Mai 2017
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
29.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Optimierung der Vergabestrukturen	26.10.2016	Abg. Rupp	1. Halbjahr 2017
30	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
31	Konzept zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen - Entwicklung der Flugbewegungen in sensiblen Zeiten - Wirkung schadstoffabhängiger Entgelte	01.03.2017	Abg. Bücking	1. Halbjahr 2018
32	Zahl von Menschen mit Fluchthintergrund in der Betreuung und in der Statistik der Bundesagentur und der Jobcenter im Land Bremen	01.03.2017	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr, März 2018